

TOP 18 und 20

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
meine Damen und Herren,

die geplante Gründung der hausärztlichen MVZs bzw. Zweigpraxen in Mühlthal, Reinheim und Weiterstadt löst in der AfD-Fraktion gemischte Gefühle aus.

Das liegt nicht daran, dass wir die aus der Unterversorgung geborene Notwendigkeit, etwas tun zu müssen, nicht erkennen.

Wir betrachten vielmehr mit Sorge, dass generell zunehmend weniger Bereitschaft zu Eigenverantwortung besteht und immer mehr Bereiche in die Verantwortung der öffentlichen Hand, Landkreis, Land oder Bund übereignet werden sollen. Eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich durch viele Ebenen zieht. Grundrente möglichst ohne Bedürftigkeitsprüfung, Hartz IV ohne Sanktionen, Kinder, die in die Schule geschickt werden damit sie eher erzogen als unterrichtet werden, sind nur drei Beispiele.

Natürlich ist es verständlich, dass gerade junge Ärzte die Anstellung in einem MVZ dem wirtschaftlichen Risiko und unregelmäßigen Arbeitszeiten in einer eigenen Praxis vorziehen. Selbstständigkeit birgt eben ein unternehmerisches Risiko und eine andere Leistungsbereitschaft.

Zwei Drittel der Medizinstudenten sind heute Frauen, viele möchten einen Teilzeitjob und/oder Familie und Beruf unter einen Hut bringen, in einem Team arbeiten

anstelle als Einzelkämpfer unterwegs sein. Der Umkehrschluss bedeutet aber, dass das wirtschaftliche Risiko von der Allgemeinheit getragen werden muss. Die Zuschüsse bzw. Verlustausgleiche für die vom Landkreis betriebenen MVZ, zumindest in der Anfangsphase, zeigen das ganze Dilemma.

Auf Kreisebene lassen sich die Gründe, die dazu führen, dass immer weniger Ärzte bereit sind, eigene Praxen, insbesondere hausärztliche, zu unterhalten, nicht lösen. In drei Minuten Redezeit nicht einmal ansatzweise ansprechen.

Allerdings sehen wir die absolute Notwendigkeit zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung gerade im ländlichen Raum. Wir sehen, dass die Altersstruktur der Hausärzte in vielen Gemeinden in den nächsten Jahren zu Problemen in der Versorgung führen werden. Solange der Beruf des Hausarztes mit eigener Praxis nicht attraktiver wird, führt kein Weg an MVZs, auch solchen in öffentlicher Hand, vorbei. Wirtschaftlichkeit darf nicht vor der Versorgungssicherheit stehen.

Die AfD-Fraktion wird den TOP 18 und 20 zustimmen.